



Stadtparlament: Postulate

Postulat Stefan Rosenblum und Michael Hugentobler: Gemeindegrenzen: Ein alter Zopf; Frage der Erheblicherklärung

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat „Gemeindegrenzen: Ein alter Zopf“ wird mit folgendem geändertem Wortlaut erheblich erklärt:

„Wir bitten den Stadtrat, zu prüfen und Bericht zu erstatten,

welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, um das Ziel einer „vereinigten Stadtregion mit Zentrum St.Gallen“ gemäss Handlungsfeld „Zentrumsregion“ des Stadtrats zu erreichen, und

welche Schritte nach Auffassung des Stadtrats realistisch zur Erreichung dieser Zielsetzung möglich respektive notwendig sind.“

Stefan Rosenblum und Michael Hugentobler sowie 32 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 30. April 2013 das beiliegende Postulat "Gemeindegrenzen: Ein alter Zopf" ein.

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

1 Ausgangslage

Die gegenseitigen Verflechtungen innerhalb einer Agglomeration sind ausserordentlich intensiv. Die Agglomeration wächst mehr und mehr räumlich zusammen. Die Entwicklungen im Bereich Konsum, Wohnen, Arbeiten, Bildung und Freizeit führen zu einer immer grösser werdenden Mobilität der Bevölkerung. Diese Mobilität findet in funktionalen Räumen und



ohne Rücksicht auf politische Grenzen statt. „Funktionale Räume sind je nach Fragestellung zusammenhängende Gebiete, deren Teile sich gegenseitig ergänzen oder unterstützen (zum Beispiel Kernstadt und Umland), in der die einzelnen Teile gewisse Funktionen übernehmen (zum Beispiel Wohn- oder Arbeitsplatzfunktion) oder einzelne Aufgaben (zum Beispiel Siedlungsplanung) gemeinsam erfüllen, also gegenseitig voneinander profitieren und somit ein Ganzes bilden“ (Definition Kanton Aargau, Departement Bau, Verkehr und Umwelt, Zusammenarbeit in funktionalen Räumen¹). Politisch-administrative und funktionale Räume stimmen nicht überein. Diese Entwicklung verlangt nach einer engen Zusammenarbeit unter den Kommunen, je nachdem auch über die Kantonsgrenzen hinaus.

Nach Auffassung des Stadtrats braucht es mittel- bis langfristig eine abgestimmte Planung und die Aufgabenerfüllung in grösseren Strukturen. Dabei gilt auch die Erkenntnis aus Forschung und Lehre, dass möglichst viele Dienstleistungen aus einer Hand geplant und umgesetzt werden sollen, als Leitsatz für künftige Änderungen von Organisationen und Strukturen. Ziel muss es auch sein, eine verbesserte räumliche Übereinstimmung zwischen Nutzniessenden und Trägerschaft (Stichwort fiskalische Äquivalenz) zu erreichen.

Nach Meinung des Stadtrats ist deshalb eine sinnvolle, effiziente und effektive Erbringung öffentlicher Dienstleistungen mittel- bis langfristig in fusionierten Strukturen anzustreben. Zu den acht Handlungsfeldern zur Stadtentwicklung, welche sich der Stadtrat gegeben hat, gehört deshalb auch die Zielsetzung, St.Gallen als „starkes Zentrum einer vereinigten Stadtregion“ zu positionieren. Eine vereinigte Region kann neue Potenziale für Wachstum und Synergien eröffnen. Zum einen kann die Region von der Nähe zur Metropolitanregion Zürich und zum EU-Raum profitieren, zum andern entwickelt sie im Wettbewerb der Standorte ein eigenständiges Profil. Entsprechend hat es sich der Stadtrat zu einem Ziel in der laufenden Legislatur gesetzt, die politische Auseinandersetzung mit einer Neuordnung der Gemeindestrukturen fortzusetzen.

Das Umsetzen von neuen Strukturen ist aber ein langfristiger und sehr sorgfältig anzugehender Prozess. Diesen Weg will und kann der Stadtrat nicht einseitig, sondern nur gemeinsam mit den Regionsgemeinden gehen. Sowohl die Festlegung eines Perimeters wie die Ermittlung von Synergiepotenzial sind der Sache nur dann dienlich, wenn die Gemeinden einverstanden sind und es als Chance wahrnehmen, an einer solchen Prüfung mitzuwirken. Dazu gehört nebst der Zustimmung der Behörden in erster Linie die grundsätzliche Bereitschaft der Bevölkerung. Die jüngsten Beispiele gescheiterter Fusionen im Kanton St.Gallen zeigen auf, dass der Weg zu Fusionen steinig ist: In Grundsatzabstimmungen sind die Ge-

1

https://www.ag.ch/de/bvu/raumentwicklung/siedlungs_freiraumentwicklung/arealentwicklung/zusammenarbeit_in_funktionalen_raeumen_1.jsp



meindevereinigungen von Buchs und Sevelen (9. Juni 2013) ebenso deutlich abgelehnt worden wie jene der Gemeinden Uznach, Schmerikon, Kaltbrunn und Benken (17. Juni 2013). Bei dieser Sachlage beantragt der Stadtrat die Erheblicherklärung des Postulats mit eingangs erwähntem neuem Wortlaut.

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Postulat vom 30. April 2013

Keine Öffentlichkeitsarbeit Medienmitteilung Medienkonferenz

Stellungnahme Dritter:	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	FSKO	RK	FA	PA	ILA	AUE	KöB	AGVR
	<input type="checkbox"/> Ja:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
kein Mitbericht (= einverstanden)		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mitbericht liegt bei		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

(= Ergänzungen, Vorbehalte, Ablehnung)

